

Gemeindeordnung

Der katholischen Kirchgemeinde Andwil-Arnegg vom 23. März 2009

Die Bürgerschaft der Katholischen Kirchgemeinde Andwil-Arnegg erlässt gestützt auf Art. 61 lit. a, 66 und 71 der Verfassung des Katholischen Konfessionsteils des Kantons St. Gallen vom 18. September 1979 mit Nachtrag vom 24. September 2006 (VKK) und in Anwendung des kantonalen Gemeindegesetzes vom 23. August 1979 (GG) als:

I. Grundlagen

Art. 1: Geltungsbereich

Die Gemeindeordnung regelt die Organisation der Katholischen Kirchgemeinde Andwil-Arnegg sowie die Rechte und Pflichten ihrer Organe.

Art. 2: Gebiet

Die Kirchgemeinde umfasst das Gebiet der politischen Gemeinde Andwil, Teilgebiete von Gossau und Teilgebiete von Waldkirch. Die Umgrenzung der Kirchgemeinde ist im beiliegenden Plan eingezeichnet.

Art. 3: Organisation

Die Kirchgemeinde Andwil-Arnegg organisiert sich als Gemeinde mit Bürgerversammlung. Organe der Kirchgemeinde sind:

- a) die Bürgerschaft
- b) der Kirchenverwaltungsrat (KVR)
- c) die Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Art. 4: Aufgaben

Die Kirchgemeinde erfüllt die ihr durch die Verfassung und durch Dekrete des Katholischen Konfessionsteils zugewiesenen Aufgaben. Die Kirchgemeinde kann weitere Aufgaben übernehmen.

Die Kirchgemeinde kann mit andern Kirchgemeinden Vereinbarungen über die Erfüllung von Aufgaben abschliessen und mit andern Gemeinwesen sowie mit privaten Organisationen zusammenarbeiten.

Art. 5: Amtliche Bekanntmachungen

Amtliches Publikationsorgan sind das „St. Galler Tagblatt“ das „Pfarreforum“ und das Mitteilungsblatt der Politischen Gemeinde Andwil sowie die Wochenausgabe der „Gossauer Zeitung“.

Amtliche Mitteilungen werden am Anschlag bei der Kaplanei in Andwil sowie beim Mehrzweckgebäude in Arnegg veröffentlicht.

II. Bürgerschaft

Art. 6: Wahlen an der Urne

Die Bürgerschaft wählt an der Urne:

- a) fünf Mitglieder des KVR
- b) den Präsidenten oder die Präsidentin des KVR
- c) vier Mitglieder der GPK
- d) ein Ersatzmitglied für das Katholische Kollegium

Ersatzwahlen in das Katholische Kollegium, in den Kirchenverwaltungsrat und in die Geschäftsprüfungskommission während der Amtsdauer werden offen an der Bürgerversammlung vorgenommen. Im Einzelfall kann die Mehrheit der Stimmenden Urnenwahl beschliessen.

Art. 7: Bürgerschaftsbeschlüsse (offene Abstimmung)

Die Bürgerschaft beschliesst an der Bürgerversammlung über:

- a) die Gemeindeordnung
- b) die Wahl des Pfarrers
- c) die Genehmigung der Jahresrechnung mit Fond- und Stiftungsverwaltung
- d) den Voranschlag und den Steuerfuss
- e) einmalige, neue Ausgaben von mehr als zwei Steuerprozenten oder während mindestens zehn Jahren wiederkehrende Ausgaben von mehr als einem halben Steuerprozent
- f) den Erwerb von Grundeigentum, wenn der Preis zwei Steuerprozente übersteigt
- g) die Veräusserung von Grundeigentum, wenn die amtliche Verkehrswertschätzung oder die Anlagekosten den Betrag von zwei Steuerprozenten übersteigen
- h) die Gewährung von Nachtragskrediten, wenn die ausserordentliche Kreditvollmacht des KVR überschritten wird
- i) Initiativbegehren
- j) weitere Geschäfte, die ihr das Gesetz zuweist

Art. 8: Bürgerschaftsbeschlüsse (Urnenabstimmung)

Die Bürgerschaft stimmt an der Urne ab über:

- a) Referendumsbegehren
- b) Geschäfte, welche die Bürgerversammlung der Urnenabstimmung unterstellt

Art. 9: Referendum

Ein Referendumsbegehren kommt zustande, wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten schriftlich die Abstimmung durch die Bürgerschaft verlangt. Massgebend ist die Anzahl der Stimmberechtigten bei den letzten Gesamterneuerungswahlen des KVR.

Das Begehren muss dem KVR innert 30 Tagen seit Beginn der Referendumsfrist eingereicht werden.

Die Urnenabstimmung ist innert 60 Tagen nach der Einreichung des Begehrens durchzuführen. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Art. 36 und 121 bis 123 GG).

Art. 10: Initiative

Ein Initiativbegehren kommt zustande, wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten schriftlich die Abstimmung der Bürgerschaft über einen Gegenstand verlangt, der in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt.

Das Begehren muss dem KVR innert zwei Monaten nach der Veröffentlichung mit den Unterschriften eingereicht werden.

Das Begehren ist innert sechs Monaten nach der Einreichung der Bürgerschaft zur Abstimmung vorzulegen. Der KVR kann einen Gegenvorschlag unterbreiten; in diesem Fall verlängert sich die Frist um drei Monate. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Art. 124 bis 126 GG).

III. Bürgerversammlung

Art. 11: Einberufung

Die Bürgerversammlung wird einberufen:

- a) zur Behandlung der Rechnungsgeschäfte;
- b) auf Beschluss des KVR;
- c) auf Beschluss der Bürgerschaft.

Art. 12: Protokollführung

Zur Protokollführung können technische Hilfsmittel verwendet werden.

Art. 13: Unterlagen

Der KVR stellt den Stimmausweis allen Stimmberechtigten zu. Die Unterlagen werden pro Haushalt zugestellt.

IV. Kirchenverwaltungsrat

Art. 14: Zusammensetzung

Der Kirchenverwaltungsrat zählt unter Einschluss des Präsidenten sechs Mitglieder.

Der Pfarrer nimmt mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teil und kann sich durch eine Seelsorgerin oder einen Seelsorger mit bischöflicher Beauftragung vertreten lassen.

Art. 15: Aufgaben

Der KVR erfüllt die ihm durch Verfassung und Dekrete übertragenen sowie die nachstehenden Aufgaben:

- a) die Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin

- b) die Wahl der Stimmzähler und Stimmzählerinnen für die Urnenabstimmungen und Bürgerversammlungen
- c) die Wahl des Pflegers oder der Pflegerin, des Aktuars oder der Aktuarin sowie weiterer Beauftragter
- d) die Bestellung von Kommissionen
- e) die Festsetzung der Gehälter, Entschädigungen, Sitzungsgelder und Amtsbürgschaften
- f) die Information der Öffentlichkeit über Geschäfte von allgemeinem Interesse
- g) die Genehmigung von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit andern Kirchgemeinden und privaten Organisationen
- h) die Erteilung der Prozessvollmacht
- i) die weiteren Aufgaben, für die weder die Bürgerschaft noch ein anderes Organ zuständig ist

Art. 16: Ausserordentliche Kreditvollmacht

Für unvorhersehbare, im Voranschlag nicht enthaltene Aufwendungen steht dem KVR ein Kredit von bis zu zwei Steuerprozenten pro Fall zur Verfügung. Die Summe der unvorhersehbaren Aufwendungen darf jährlich vier Steuerprocente nicht überschreiten.

V. Geschäftsprüfungskommission

Art. 17: Zusammensetzung und Aufgaben

Die GPK besteht aus vier Mitgliedern und konstituiert sich selbst. Sie erfüllt die ihr nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 18: Ergänzendes Recht

Soweit der Konfessionsteil keine abweichende Regelung trifft gilt das kantonale Gemeindegesezt.

Art. 19: Vollzugsbeginn

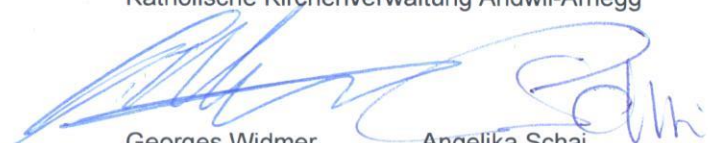
Diese Gemeindeordnung tritt durch Beschluss der Bürgerschaft und nach Genehmigung durch den Administrationsrat in Kraft. Die Gemeindeordnung vom 20. März 1995 wird aufgehoben.

Art. 20: Änderung der Gemeindeordnung

Diese Gemeindeordnung kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen jederzeit geändert werden, Art. 6, 14 Abs. 1 und 17 jedoch nur auf Beginn einer neuen Amtsdauer.

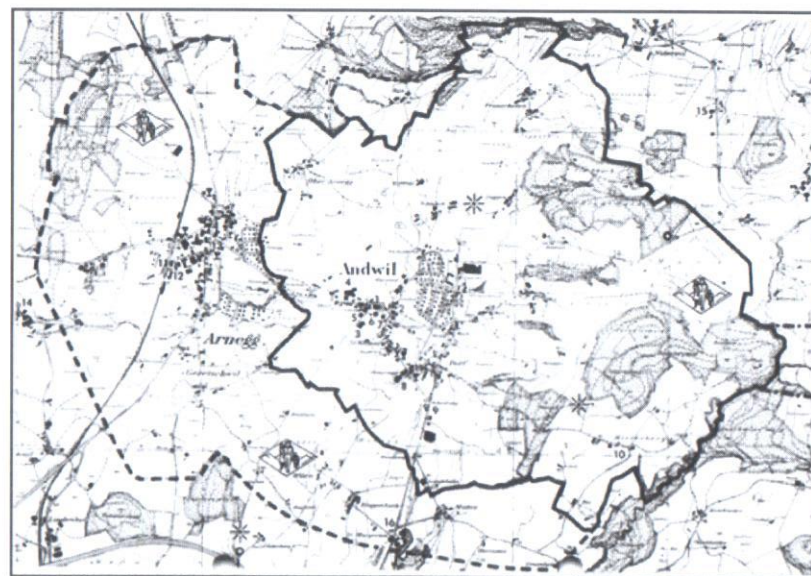
Von der Bürgerschaft der Katholischen Kirchgemeinde Andwil-Arnegg an der Kirchbürgerversammlung vom 23. März 2009 und 4. April 2016 (Teilrevision) genehmigt. Vom Administrationsrat genehmigt am 23. Februar 2016.

Katholische Kirchenverwaltung Andwil-Arnegg



Georges Widmer
Präsident

Angelika Schai
Aktuarin



Beilage: Gebiet der Kirchgemeinde Andwil-Arnegg